

Mittwoch (Vormittag), 21. März 2018

Erziehungsdirektion

15 2017.RRGR.530 Motion 187-2017 Hebeisen-Christen (Münchenbuchsee, SVP) Effizienzsteigerungen statt Leistungsabbau in der Berufsbildung Richtlinienmotion

Fortsetzung

Präsidentin. Wir sind beim Traktandum 15 angelangt: «Effizienzsteigerungen statt Leistungsabbau in der Berufsbildung». Ich begrüsse Regierungspräsident Bernhard Pulver. Es haben sich bereits gestern verschiedene Fraktionen für die Rednerliste gemeldet. Da wir heute mit den Wahlen begonnen haben, haben die entsprechenden Namen nicht vorgängig in die Rednerliste eingetragen werden können, wie dies sonst jeweils gehandhabt wird.

Die Rednerliste sah gestern wie folgt aus: Grossrätin Grogg-Meyer für die EVP, Grossrätin Linder für die Grünen, Grossrat Schneider für die SVP, Grossrat Bachmann für die SP-JUSO-PSA, Grossrat Stähli für die BDP und Grossrat Sommer für die FDP. Ich schlage vor, dass Grossrat Sommer startet, dann kann er gerade im Raum bleiben. Die anderen können sich entweder in der genannten Reihenfolge oder auch frei in die Rednerliste eintragen. Ich sehe, dass sich Grossrat Stähli bereits gemeldet hat. Ich gebe das Wort Grossrat Sommer für das Fraktionsvotum der FDP.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Ich danke Ihnen, dass Sie mir den Vortritt lassen. Es geht bei diesem Vorstoss um eine Effizienzsteigerung in der Berufsbildung. Die FDP ist der Meinung, dieser Vorstoss gehe in die richtige Richtung. Es soll nicht ein blosser Leistungsabbau angestrebt werden, sondern der Fokus soll stärker in Richtung Effizienzsteigerung gelegt werden.

Zu Punkt 1: Die Koordination der Berufsschultage, befindet sich noch nicht an dem Punkt, wie wir es uns wünschen würden. Aus eigener Erfahrung als Geschäftsführer des Kantonal-Bernischen Baumeisterverbands (KBB) weiss ich, dass die Berufsschultage bei Weitem noch nicht überall harmonisiert wurden. Es wäre wünschenswert, wenn pro Lehrjahr und Beruf im ganzen Kanton derselbe Berufsschultag gelten würde. Die Lernenden mit verkürzter Berufsbildung stellen diesbezüglich eine Ausnahme dar. Ich bitte Sie, dem ersten Punkt unbedingt zuzustimmen.

Für Punkt 2 gilt dasselbe. Es ist möglich, dass bezüglich integriertem Wissensmanagement bereits einiges gemacht wird. Auch hier funktioniert das Wissensmanagement noch nicht wie gewünscht. Die einzelnen Berufsfachschulen buhlen lieber um Klassen, um den Standort zu sichern, als dass diese den Austausch von Know-how und Lehrkräften pflegen. Ich kenne ein Beispiel, bei welchem eine Berufsschule einen neuen Fachlehrer ausbilden lässt, obwohl in einer anderen Berufsschule für denselben Beruf Fachlehrerkapazitäten frei wären. Auch diesbezüglich besteht noch Handlungsbedarf, weshalb ich Sie bitte, diesen Punkt ebenfalls anzunehmen.

Das Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG) legt sehr starre Pflichtlektionen fest. Das Schema ist zukünftig noch weniger tauglich, als es bisher in der Vergangenheit war. Die Strukturen müssen unbedingt an die künftigen Anforderungen angepasst werden. Durch den Einbezug digitaler Medien ergeben sich neue methodische Möglichkeiten zur Vermittlung der erforderlichen Kompetenzen. Wir sind der Meinung, dass dabei gleichzeitig auch eine Effizienzsteigerung erreicht werden kann. Die FDP wird deshalb auch Punkt 3 der Motion annehmen.

Ulrich Stähli, Gasel (BDP). Gestern übersetzte ich meinen Beitrag vom Berndeutschen ins Hochdeutsche, und heute sollte ich dies nun wieder ändern. Verzeihen Sie mir deshalb bitte, wenn ich meinen Beitrag nun in meinem Hochdeutsch mit Berner Akzent vortrage. Die BDP-Fraktion empfiehlt die Motion in allen drei Punkten zur Annahme. Da die Punkte 1 und 2 kaum bestritten sind, äussere ich mich an dieser Stelle nur zu Punkt 3.

In Punkt 3 wird lediglich dazu aufgefordert, vermehrt auch digitale Hilfsmittel einzusetzen, die Berufsbildung zu modernisieren und sie der rasanten Entwicklung des Berufsalltags anzupassen. Es

ist leider eine Tatsache, dass in einigen Berufsfachschulen – längst nicht in allen – die Unterrichtsmethoden und die Effizienz den heutigen Anforderungen nicht mehr genügen. Die Berufswelt steht in einem grossen Wandel, und wir finden es falsch, wenn der Grosse Rat einen Motionspunkt ablehnt, welcher eine Effizienzsteigerung anstrebt. Stellen Sie sich vor, welches Signal wir damit an die Berufsfachschulen aussenden würden.

Noch einmal: Wir freuen uns, wenn die gesamte Motion überwiesen wird. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass der Erziehungsdirektor darüber nicht so unglücklich wäre.

Christine Grogg-Meyer, Thunstetten (EVP). Ich stelle fest, dass die Fraktion der EVP in diesem Rahmen etwas von den anderen Meinungen abweicht. Aus unserer Sicht ist es richtig und wichtig, dass die Berufsschultage koordiniert werden. Dieser Meinung ist auch der Regierungsrat, der in seiner Antwort auch klar aufzeigt, dass noch Handlungsbedarf besteht. Der Antwort entnehmen wir aber auch, dass sich das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) der Wichtigkeit und Komplexität dieser Aufgabe bewusst ist und bereits nach Lösungen sucht. Die EVP ist der Meinung, dass dies eigentlich einen Dauerauftrag des MBA darstellt, welcher bereits erfüllt wird. Somit ist die vorliegende Forderung bereits erfüllt. Wir beantragen deshalb die Annahme und gleichzeitige Abschreibung von Punkt 1.

Auch bei Punkt 2 bestreitet die EVP die Wichtigkeit des Anliegens der Schaffung einer Austauschplattform für Lehrpersonen nicht. Wir sind aber der Meinung, dass das MBA bereits alles dafür tut, um die Forderungen der Motionäre zu erfüllen. Ich zitiere: «Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt ist zurzeit daran, für Berufsgruppen, bei denen noch keine Austauschplattform besteht, eine entsprechende Option schulübergreifend zur Verfügung zu stellen». Aus diesem Grund empfehlen wir, auch Punkt 2 anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Die dritte Forderung der Motion lehnt die Fraktion der EVP ab. Diese hat eine Aufstockung der Penssen der Berufsschullehrpersonen zum Ziel. Unter dem Deckmantel der Digitalisierung und dem Abrufen von Wissen von dieser Plattform wird impliziert, dass beim Aufbereiten von Unterrichtsstoff Zeit gespart werden kann, welche für den weiteren Unterricht eingesetzt werden kann. Man kann der EVP vorwerfen, sie setze sich nicht für Effizienz ein. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Wenn die ersten zwei Punkte angenommen und abgeschrieben werden sowie der dritte Punkt abgelehnt wird, kann wertvolle Zeit gespart werden.

Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne). Wenn es um Sparmassnahmen im Bildungsbereich geht, sehen wir Grünen rot. Deshalb begrüssen wir den Grundsatz, wonach vor dem Sparen geschaut wird, in welchen Bereichen die Effizienz gesteigert werden kann. Es ist wichtig, dass Synergien so gut wie möglich genützt werden. Deshalb unterstützen wir die Punkte 1 und 2 der Motion.

Die Überlegung, dass weniger Vorbereitungszeit für den Unterricht gebraucht wird und deshalb mehr Zeit fürs Unterrichten eingesetzt werden kann, wenn die Lehrpersonen mit Wissensmanagement arbeiten, stellt einen Fehlschluss dar. Es kann durchaus hilfreich sein, wenn eine Lehrperson auf Modelle aus dem Bereich der Digitalisierung und auf ein modular integriertes Wissensmanagement zugreifen kann. Trotzdem bleiben die Vorbereitungsarbeiten einer Lehrperson bestehen. Sie sind auch bezüglich des Zeitaufwands unterschiedlich. Ein Faktor dafür ist beispielsweise, dass unterschiedliche Fächer unterschiedliche Vorbereitungszeiten brauchen. Auch die Unterrichtsjahre einer Lehrperson sind entscheidend für den Zeitaufwand. Eine Lehrperson, welche neu im Beruf ist, braucht meistens mehr Zeit für die Vorbereitung. Selbst wenn die digitalisierten Unterrichtseinheiten vorliegen, muss sich eine Lehrperson stets noch mit dem Inhalt auseinandersetzen. Insbesondere müssen die Inhalte didaktisch und methodisch aufbereitet werden, damit ein guter Unterricht gelingen kann. Es gibt bereits heute eine Vielzahl digitaler Tools, welche eingesetzt werden können. Nicht alle eignen sich für jeden Unterricht. Die Lehrperson muss die Inhalte prüfen, bereitstellen und vor allem auch regelmässig überarbeiten. Nicht zu vergessen ist auch die Nachbereitung des Unterrichts, welche sehr Zeitintensiv ist. Viele Berufsschullehrer arbeiten bereits heute mit digitalen Tools und setzen diese erfolgreich ein. Ein Zwang für alle Berufsschullehrer ist nicht der richtige Weg. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, den dritten Punkt der Motion unbedingt abzulehnen. Es ist nicht gut, wenn die Unterrichtslektionen erhöht werden. Bei dieser Überlegung handelt es sich um einen Fehlschluss.

Präsidentin. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrat Bachmann das Wort.

Christian Bachmann, Nidau (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion empfindet die Antwort der Regierung als gut und schliesst sich den Anträgen an. Die ersten beiden Punkte nehmen wir an, und den

Punkt 3 lehnen wir ab. Dass Neuerungen in der Ausbildung eingesetzt werden, ist sinnvoll und angepasst. Dies ist jedoch keine Erfindung des digitalen Zeitalters. Ich erinnere mich an die frühen 1970er-Jahre, als Sprachlabore eingeführt wurden. Man erhielt Anweisungen über Kopfhörer und sprach ins Mikrofon. Der Lehrer musste die entsprechende Kassette einlegen und konnte ab und zu einige Schüler und Schülerinnen kontrollieren. Diese Sprachlabore hatten keinen Erfolg, die jungen Leute wollten sich nicht an eine Maschine anschliessen. Sie brauchen auch im digitalen Zeitalter Lehrpersonen, welche für die Klassen vorbereiten, diese motivieren, animieren, kontrollieren und korrigieren. Die neuen Möglichkeiten, welche zum Unterrichten bereit stehen, werden nicht einfacher, sondern sie werden lediglich anders sein. Es ist eine Illusion, dass neue Lehrmittel und neue Lehrmethoden Lehrpersonen ersetzen werden. Die Motion geht in diese Richtung, weshalb wir deren Punkt 3 ablehnen. Wir bitten Sie, uns diesbezüglich zu folgen.

Donat Schneider, Diessbach b. Büren (SVP). Die SVP wird sämtliche Punkte der Motion unterstützen. Wir haben zu den Punkten 1 und 2 von meinen Vorrednern bereits einiges gehört. Dazu werde ich mich nicht äussern. Mit diesen Punkten stossen die Motionäre bei der Regierung auf eine offene Tür; die Punkte 1 und 2 scheinen relativ unbestritten zu sein.

Ich möchte jedoch auf einen Punkt zur dritten Forderung aufmerksam machen. Es ist unbestritten, dass neue Lehrmethoden auch neue Lehrstrategien bedingen, dass sich diese Dinge verändern und dass sich diese Veränderungen an Schulen langsam durchsetzen. Im Zusammenhang mit dem E-Learning entnehme ich der Antwort der Regierung einen gewissen Widerspruch. Auf der einen Seite wird bezüglich des «blended learning» im Sinne von E-Learning anerkannt, dass es den Aufwand der Lehrpersonen nicht verringern wird, sondern bloss ihre Rolle als Unterrichtende und ihre Präsenzzeit verändert. Genau darum geht es. Es wird wahrscheinlich eine Verschiebung zwischen der Unterrichtszeit und der Vorbereitungszeit geben. Drei Sätze weiter danach steht in der Antwort des Regierungsrats, genau dies sei der Grund dafür, dass nichts geändert werden könne.

Im LAG sind Pflichtlektionen enthalten. Im Anhang 3A der Verordnung über die Anstellung der Lehrkräfte (LAV) ist festgelegt, dass es sich beim Zeitaufwand eines Berufsschullehrers um 25 Lektionen bei 39 Schulwochen handelt. Diesbezüglich erkenne ich einen Widerspruch, welcher auch in der Antwort der Regierung enthalten ist. Für uns ist klar, dass es zu Verschiebungen kommen wird, und aus unserer Sicht wäre die Folge davon, dass diesbezüglich Anpassungen vorgenommen werden müssten.

Präsidentin. Wir sind am Ende der Rednerliste angelangt. Ich gebe das Wort Regierungspräsident Pulver.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Bezüglich der Koordination der Berufsfachschultage sowie der Einführung des kantonalen Wissensmanagements hat die Motion bereits etwas ausgelöst. Zwischen den drei Partnern wurden starke Massnahmen ergriffen. Das ist unbestritten, und wir sind uns bezüglich der Ziffern 1 und 2 einig, weshalb ich nicht mehr darauf eingehen muss.

Die Ziffer 3 ist jedoch umstritten. Ich entnehme den Diskussionen, dass Sie die Lehrpersonen auffordern wollen, vermehrt digitalisierte Instrumente im Unterricht einzusetzen. Dagegen ist an und für sich nichts einzuwenden. Die Ziffer 3 ist jedoch ganz anders formuliert. Ich bitte Sie, die Ziffer 3 abzulehnen. Sie müssen sich bewusst sein, welches Signal Sie gegenüber den Lehrpersonen aussenden. Wir versuchen seit zwölf Jahren, das Signal auszusenden, dass wir wahrnehmen, was der Lehrerberuf ist. Nun steht diese Forderung unter dem Titel «Effizienzsteigerungsprogramm» im Sinne einer Sparidee im Zusammenhang mit dem Entlastungspaket (EP) 2018. Die Motionärin verlangt, dass die aufwendigen Vorbereitungsarbeiten der Lehrpersonen reduziert und der Anteil der Lektionen erhöht werden. Dies empfinde ich als ein völlig falsches Signal, welches in die entgegengesetzte Richtung der letzten zwölf Jahre geht. Die Idee, dass die Digitalisierung den Vorbereitungsaufwand in der Schule reduzieren kann, geht von völlig unrealistischen Annahmen aus.

Der Lehrerberuf ist einer der Berufe, welcher nicht automatisiert werden kann. Eine Liste von Avenir Suisse – oder ich weiss nicht mehr von wem – zeigt, welche Berufe am meisten von einer Automatisierung betroffen sind. Der Lehrerberuf findet sich praktisch zuunterst auf dieser Liste. Im Mittelpunkt steht die Beziehung; es geht um das Erklären, das Verständlichmachen.

Ja, die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, welches wir im Kanton Bern eingeführt haben. In der Logistik kann man mit den Schülerinnen und Schülern mit neuen technischen Möglichkeiten die Aufstellung eines Lagers simulieren und wie dieses möglichst effizient bewirtschaftet werden kann. Selbstverständlich ermöglicht dies in der Lagerhalle nachher eine

Bewirtschaftung mittels Robotern. Berufsschülerinnen und Berufsschüler müssen lernen, wie dies mit Robotern rationalisiert werden kann. Dies aber den Schülerinnen und Schülern beizubringen, zu erklären, verständlich zu machen, ihnen die Angst vor der Materie zu nehmen, ihnen das Selbstvertrauen zur Bewältigung zu geben, ihnen Ideen zu geben und Chancen aufzuzeigen, wie mit der Digitalisierung umgegangen werden kann – das ist die Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrern, und diese kann nicht automatisiert werden, die Effizienz kann dort nicht gesteigert werden. Im Gegenteil: Über genau dieses Logistikbeispiel, wie die Berufsbildung digitalisiert werden kann, haben wir mit Didaktikern gesprochen. Dies bedarf eher eines Mehraufwands. Wenn Sie dieses Beispiel mit den Berufsschülern durchgehen wollen, müssen Sie sich gut vorbereiten; Sie müssen den Schülern gut erklären können, was man mit der Digitalisierung macht. Es wäre eine falsche Vorstellung, davon auszugehen, dass die Arbeit der Lehrkräfte durch der Digitalisierung überflüssig würde und sie sozusagen nur noch zu Beobachtern des Lernprozesses oder zu Coachs gemacht würden.

Ich habe gerade einen Abstimmungskampf hinter mir. Dabei wurde kritisiert, mit dem Lehrplan 21 wollten wir aus den Lehrpersonen nur noch Coachs machen. Genau das wollen wir nicht, und genau das versuchten wir gemeinsam dem Volksschulbereich zu erklären. Lehrerinnen und Lehrer haben werden auch in Zukunft nicht nur eine Coach-Aufgabe innehaben. Sie haben die Aufgabe, Beziehungen zu schaffen, Selbstvertrauen zu fördern, damit etwas gelernt werden kann, Vertrauen in die Zukunft aufzubauen und die Digitalisierung wahrzunehmen. Meiner Meinung nach würde dieses Signal, wonach mittels Digitalisierung eine Effizienzsteigerung in den Schulen realisiert werden könne, da es weniger Aufwand für die Vorbereitung brauche, bei den Lehrerinnen und Lehrern eher Ängste auslösen. Dies, weil es schliesslich durch die Digitalisierung zu einer Anhebung der Lektionenzahl oder zu neuen Arbeitsmodellen führen würde. Ich habe sehr viele Ideen gehört, wie man von den Lektionen wegkommen und zu anderen Anstellungsmodellen übergehen könnte. Ich habe mich in den letzten Jahren intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt und diese Reform mehrmals nicht angepackt. Wenn Sie für den ganzen Berufsschulbereich – wie ich gehört habe – sagen, dass wir von den Lektionen weggehen, dann beginnen Sie damit eine sehr grosse neue Reform. Diese brächte genau diese Unruhe wieder ins Schulsystem, obwohl wir alle froh darüber waren, keine solche zu haben. Wir brauchen die Lehrkräfte gerade für die Bewältigung der komplexen Herausforderungen der Digitalisierung. Ich habe das Gefühl, Sie erweisen sich und meiner Nachfolge einen Bärendienst, wenn Sie hier sagen, die Digitalisierung solle von den Lehrerinnen und Lehrern als ein Effizienzsteigerungsprogramm wahrgenommen werden. Ich bitte Sie, den Punkt 3 abzulehnen, weil damit ein falsches Signal ausgesendet wird.

Ich habe jetzt gehört, dass Sie dies vor als Einsatz der Digitalisierung im Unterricht und zur Vorbereitung der Lektionen sehen, Sie aber zumindest die Pflichtlektionen nicht anheben wollen. So habe ich dies zumindest aus der Diskussion verstanden. Ich bin froh, dass dies gegenüber der Begründung in der Motion etwas angepasst worden ist. Grundsätzlich ist es aber ein Signal, mit welchem von falschen Voraussetzungen ausgegangen wird. Die Digitalisierung stellt für die Schulen eine sehr grosse Herausforderung dar, und sie wird nicht einfach eine Effizienzsteigerung mit sich bringen. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen den Schülerinnen und Schülern Chancen aufzeigen und dabei helfen, diese wahrzunehmen.

Präsidentin. Die Motionärin erhält das Wort noch, wenn Sie den Vorstoss in ein Postulat umwandelt, da wir uns in einer reduzierten Debatte befinden. – Das ist der Fall.

Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee (SVP). Ich möchte mich noch kurz an die EVP richten. Haben Sie gestern Grossrat Grimm zugehört, der als betroffener und aktiver Berufsschullehrer ausgeführt hat, dass in diesen beiden Bereichen zwar bereits Anstrengungen unternommen werden, jedoch längst nicht genug? Auch Grossrat Sommer hat dies vorhin bestätigt.

Punkt 3 der Motion hat auch bereits im Vorfeld für Gesprächsstoff gesorgt. Ich tue jetzt etwas, was ich eigentlich nicht haben tun wollen. Da Regierungspräsident Pulver einmal mehr sehr überzeugend argumentiert hat, habe ich mich dafür entschieden, den Punkt 3 der Motion in ein Postulat umzuwandeln. Trotzdem möchte ich jedoch das MBA und die ERZ bitten, das Anliegen wirklich zu prüfen. Ich bitte Sie, die Punkte 1 und 2 als Motion zu überweisen und sie nicht abzuschreiben. Den Punkt 3 wandle ich in ein Postulat um und verfolge, ob diesbezüglich etwas unternommen wird.

Präsidentin. Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Ziffer 1 der Motion annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 141

Nein 3

Enthalten 2

Präsidentin. Sie haben die Ziffer 1 der Motion angenommen. Wer die Ziffer 2 der Motion annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 136

Nein 2

Enthalten 2

Präsidentin. Sie haben die Ziffer 2 der Motion angenommen.

Es wird die Abschreibung der Ziffer 1 gewünscht. Das Abstimmungsergebnis von Ziffer 2 wird bestritten, weil nicht klar gewesen sei, worüber abgestimmt wird. Wir gehen zurück zu Ziffer 1 und entscheiden über deren Abschreibung. Entschuldigen Sie die Umstände.

Wer die Ziffer 1 der Motion, welche vorhin angenommen worden ist, abschreiben will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1; Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 60

Nein 88

Enthalten 0

Präsidentin. Sie lehnen die Abschreibung von Ziffer 1 der Motion ab.

Wir stimmen über die Ziffer 2 der Motion ab. Wer diese annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 144

Nein 2

Enthalten 1

Präsidentin. Sie haben die Ziffer 2 der Motion angenommen.

Wir stimmen über deren Abschreibung ab. Wer die Ziffer 2 abschreiben will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2; Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	61
Nein	84
Enthalten	1

Präsidentin. Sie lehnen die Abschreibung der Ziffer 2 ab.

Wir stimmen über die Ziffer 3 der Motion ab, welche in ein Postulat umgewandelt worden ist. Wer die Ziffer 3 der Motion als Postulat annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 3 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	89
Nein	56
Enthalten	0

Präsidentin. Sie haben die Ziffer 3 als Postulat angenommen.

Wir sind am Ende des Traktandums 15 angelangt und wechseln zum Traktandum 16.